



Warenumschlag (im Hamburger Hafen), Merkel

HANDELSPOLITIK

Merkel für Transatlantik-Pakt

In aller Diskretion bereitet Bundeskanzlerin Angela Merkel eine deutsche Initiative in der Handelspolitik vor. Sollte die sogenannte Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO scheitern, in der 149 Staaten seit Jahren über ein multilaterales Zollsenkungsabkommen verhandeln, will die deutsche Regierungschefin mit einer Alternatividee punkten: Merkel favorisiert die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone von Europäern und Amerikanern. Vorigen Mittwoch vertraute sie dem EU-Ausschuss des Bundestags in nicht öffentlicher Sitzung an: „Ich halte die Idee für faszinierend.“ Ein transatlantischer Bund, der rund 60 Prozent des heutigen Weltsozialprodukts innerhalb seiner Grenzen vereinen würde, sei nicht gegen andere Weltregionen gerichtet, diene allerdings sehr wohl „der Bündelung gemeinsamer Interessen“. Merkel agiert aus mehreren Gründen eher hinter den Kulissen. Sie will die aufstrebenden Weltmächte

Indien und China nicht verprellen. Auch wäre eine offene Initiative zum jetzigen Zeitpunkt „der Todesstoß für die laufenden Welthandelsgespräche“, meint ein Kanzlerberater. Deshalb beteuerte Merkel im Ausschuss, die Freihandelszone dürfe „nicht in Konkurrenz“ zur Doha-Runde verstanden werden: „Wenn die WTO weitergeht, okay“, sagte sie. Falls die WTO-Runde scheitert, soll Merckels Plan aktiviert werden. Ihren Berater für Weltwirtschaftsfragen, Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach, lässt sie bereits ausloten, wie westliche Verbündete die Überlegungen aufnehmen. In den nächsten Wochen trifft er zu Gesprächen mit der amerikanischen Handelsbeauftragten Susan Schwab zusammen. Dabei soll auch das Thema einer transatlantischen Freihandelszone erörtert werden. Der Schwenk zu zweiseitigen Verträgen in der deutschen Handelspolitik folgt einem internationalen Trend: Die Bush-Regierung verhandelt derzeit mit mehreren Ländern über bilaterale Handelsabkommen. EU-Handelskommissar Peter Mandelson kündigte Gespräche über ein EU-Abkommen mit Indien an.



JORG MODROW (O.); JOSE GIRIBAS (U.)

AFGHANISTAN-EINSATZ

Beistand im Süden

Die Bundeswehr ist insgeheim auch im umkämpften Süden Afghanistans engagiert. Wie nach einer Nato-Ministertagung im slowenischen Portoroz bekannt wurde, flogen deutsche Hubschrauber und Transall-Transporter bereits zahlreiche Unterstützungsmissionen für die Alliierten, die im Süden in blutige Kämpfe mit den Taliban verwickelt sind. Dabei wurden Nachschub und Truppen transportiert sowie Verwundete ausgeflogen. Allein die Transall-Maschinen haben demnach in diesem Jahr bereits an die 60 Flüge absolviert. Mitgezählt sind dabei indes auch Transporte in den ruhigeren Westen des Lan-

des, wo Italien das Kommando hat. Wegen des Flieger-Engagements sei Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bei der Tagung nicht weiter unter Druck gekommen, Truppen aus dem Norden, wo Deutschland die Verantwortung trägt, in den unruhigen Süden zu ent-



Jung, Fallschirmjäger

senden. Dort stehen vornehmlich Briten, Kanadier, Niederländer und Amerikaner. Der bisher geheim gehaltene Beistand ist von dem Mandat gedeckt, das der Bundestag vergangene Woche um ein Jahr verlängert hat. Demnach dürfen deutsche Soldaten aus dem Norden „zeitlich begrenzt“ auch in anderen Landesteilen aushelfen. Nato-Militärs bekräftigten derweil, dass „Tornado“-Aufklärungsjets der Luftwaffe sehr willkommen wären. Deren Einsatz hatte Berlin jedoch verworfen: Weil sich auch im Norden die Sicherheitslage verschärft, können die Heerestruppen nicht ausgedünnt werden; mit der Entsendung von „Tornado“-Jets samt Bodenpersonal wäre aber die vom Bundestag festgelegte Obergrenze von 3000 Soldaten überschritten worden.

MARCO URBAN/DE